

Ausschuss für Inneres und Sport

(34. - öffentliche - Sitzung am 1. November 2018)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)

dazu: Eingabe 600/02/18
- b) **Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/828](#)
- c) **Testphase zur Einführung einer Elektroschockwaffe (Taser) bei der niedersächsischen Polizei**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1086](#)
- d) **Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1385](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfs auf Grundlage der Vorlage 32 des GBD.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1839](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Gesetzentwurf und stellte fest, dass der Ausschuss für Haushalt und Finanzen gemäß § 27 Abs. 4 GO LT mitberatend ist. Er bat ferner den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung um eine Stellungnahme und nahm eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf in Aussicht.

3. **Sportstätten fördern: Sportland Niedersachsen fit für die Zukunft machen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1842](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag. Im direkten Anschluss an diese Unterrichtung soll dem Landessportbund die Möglichkeit zu einer mündlichen Stellungnahme gegeben werden.

4. **Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1855](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag. Ferner bat er den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen um eine Stellungnahme.